



Energie in Zeiten der Pandemie >
Wie die Netze BW im Notfall die
Versorgung sicherstellt

Sensoren im Garagenboden >
Weshalb Winterbachs Bürgermeister
den digitalen Fortschritt vorantreibt

Tiefe Einblicke >
Warum Geoportale für Kommunen unverzichtbar
geworden sind

Auf den Ernstfall vorbereitet

Frühzeitig vor dem Lockdown hat die EnBW die Risiken der Coronapandemie erkannt und Notfallpläne aktiviert. Die darin vorgesehenen Abläufe übt der Konzern immer wieder – damit auch in Krisen die Energieversorgung sicher bleibt.

Ende Februar lebten die meisten Deutschen noch recht sorglos. Sie amüsierten sich in der Fastnacht, gingen in Restaurants und besuchten Konzerte. Bei der EnBW-Tochter Netze BW stieg jedoch die Anspannung. „Uns war klar geworden, dass Corona keine normale Infektionswelle ist“, sagt Richard Huber, der den Netzbetrieb der Netze BW leitet und für das Notfallmanagement verantwortlich ist.

Die Ärzte des Konzerns hatten beobachtet, wie sich das Virus ausbreitete. Nach Auswertung aller verfügbaren Informationen sprachen sie sich für schnelles Handeln aus. Die Geschäftsführung legte daraufhin noch im Februar fest, dass Urlaubsrückkehrer aus Italien das Unternehmen nicht mehr betreten durften. Sie mussten 14 Tage von zu Hause aus arbeiten.

Als Unternehmen der kritischen Infrastruktur treibt die Netze BW viel Aufwand, um auf ungewöhnliche Situationen vorbereitet zu sein. Für den Notfall liegen Handbücher und Ablaufpläne parat. „Mindestens einmal im Jahr spielen wir ein bestimmtes Szenario durch“, sagt Huber. Nach jeder Übung werden Ergebnisse ausgewertet und Pläne nachgeschärft.

Brennpunkt Leitstelle

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen die Krisenexperten den Betrieb der fünf Leitstellen, die in Baden-Württemberg die Versorgung mit Strom und Gas sichern. Das dort eingesetzte Personal wurde umgehend vom Rest des Unternehmens getrennt. Büroegebäude und Kantine durfte es nicht mehr betreten. Das Essen kam direkt an den Arbeitsplatz.

Die Beschäftigten der Leitstellen durften auch nicht mehr mit Bus oder Bahn zur Arbeit kommen. Sie erhielten ein Dienstfahrzeug, mit dem sie allein anfahren konnten. „Als großes Unternehmen kann die Netze BW auf einen Fahrzeugpool zurückgreifen, der

Einsatz in der Krise: Nur im Ausnahmefall dürfen die Monteure zu zweit arbeiten, ohne den Sicherheitsabstand einzuhalten. Natürlich müssen sie dabei Schutzmasken tragen.





Ladesäulenwartung mit Abenteuercharakter: Um E-Mobilisten trotz Hotelschließungen weiterhin verlässliches Laden zu ermöglichen, mietete die Netze BW für ihre Monteure kurzerhand Wohnmobile an.

dafür ausreicht“, sagt Huber. Eine Kasernierung in abgeriegelten Bereichen stand nicht zur Debatte. „Das ist psychisch zu belastend und erhöht die Gefahr, wenn sich trotz aller Sicherheitsmaßnahmen jemand ansteckt.“

Strengere Vorschriften musste der Bereitschaftsdienst beachten, der bei Störungen ausrückt und wie das Leitstellenpersonal nicht von zu Hause aus arbeiten kann. Nur wenn notwendig, durften Mitarbeiter zu zweit rausfahren. Persönliche Besprechungen im Team waren nicht mehr erlaubt, wohl aber Videokonferenzen.

Die 550 Monteure der Netze BW sind auf solche Situationen vorbereitet. Ihre Aufträge erhalten sie ohnehin auf das Smartphone und melden darüber auch Vollzug. Zum Problem könnte im Fall einer großen Infektionswelle eher die Personalstärke werden. Sie muss jeden Tag gemeldet werden. In der für eine Region zuständigen Bereitschaft müssen mindestens drei Personen verfügbar sein. Sonst ist die Gefahr zu groß, dass die Netze BW mittelfristig nicht auf Störungen reagieren kann. Fällt ein Monteur aus, muss ein anderer einspringen.

Material für acht Wochen auf Lager

Das Szenario einer Pandemie hat die Netze BW schon einmal durchgespielt. Seitdem lagern in Vorratskammern Masken, Desinfektionsmittel und Fieberthermometer. Material für fast 800 Personen und acht Wochen. Es könnte in unterschiedlichen Lagen benötigt werden – zum Beispiel, wenn Techniker wegen einer Störung ein Gebäude mit Infizierten betreten müssten.

Die Netze BW wappnet sich für Krisen aller Art. Das können Terrorattacken, Naturkatastrophen oder Hackerangriffe sein. „Selbst wochenlange Unruhen dürften die Energieversorgung nicht gefährden“, erklärt Huber. Für diesen Fall existieren Sicherheitsräume mit Verpflegung, Kleidung, Feldbetten und Medikamenten. Systemrelevante Beschäftigte können dort wochenlang ausharren.

Seit Mitte März arbeiten nun weite Teile der EnBW von zu Hause aus. Da so gut wie alle Beschäftigten mit einem Laptop ausgestattet sind und ein zuverlässiges Videokonferenzsystem vorhanden ist, gibt es kaum Probleme. „Trotz Homeoffice können wir mehr als 90 Prozent Leistungsfähigkeit sicherstellen“, sagt Huber.

Schulterschluss gegen das Virus

Steffen Ringwald ist Geschäftsführer der Netze BW und für die Zusammenarbeit mit den Kommunen verantwortlich.



Machen sich Kommunen während der Pandemie Sorgen um ihre Energieversorgung?

Nicht, dass ich wüsste und dazu besteht auch kein Anlass. Wir haben sehr deutlich kommuniziert, dass wir in der Lage sind, die Energieversorgung auch in besonderen Situationen zu sichern. Da sich die Kommunen in der Vergangenheit auf uns verlassen konnten, vertrauen sie uns auch während der Pandemie.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit Kommunen in der Krise aus?

Wir sind mit den Kommunen im Kontakt – besonders über digitale Kanäle. In Krisenstäben bringen wir uns ebenfalls ein. Dazu haben wir Ansprechpartner benannt, die ständig erreichbar sind. Auch bei Gutachten zu Notfallschutz und Krisenmanagement unterstützen wir. Mit Stadtwerken tauschen wir uns wöchentlich in unterschiedlichen Rahmen aus. Drohen Personalengpässe bei einem ungünstigen Verlauf der Krise? Wie geht man mit Beschäftigten um, die nicht im Homeoffice arbeiten können? Welche Hilfen bietet die Informationstechnologie? Solche Fragen stehen im Mittelpunkt.

Welche Themen sind nach Ihrer Beobachtung für die Kommunen im Moment besonders wichtig?

Als Anbieter kritischer Infrastruktur setzen wir uns mit Risiken für die Energieversorgung auseinander. Dieses Wissen möchten wir mehr als bisher an Kommunen weitergeben. Wir kennen uns zum Beispiel mit dem kommunalen Notfallmanagement bei Stromausfall und intelligentem Hochwasserschutz aus. Ein weiteres Spezialgebiet ist die Abwehr von Cyberkriminalität. Wir können auch auf ganz anderen Feldern unterstützen: Durch den Ausbau des schnellen Internets in Kommunen und Landkreisen verbessern wir die Möglichkeiten des digitalen Fernunterrichts.

Voller Einsatz ist auch für die Notfallmanager angesagt, deren Tage seit Februar durchgetaktet sind. Ab 7:30 Uhr tagen Arbeitsgruppen, Taskforces und Koordinierungsstellen. Krankenstände werden geprüft und Personalzahlen ermittelt. Dann müssen die Konzernbereiche über Beschlüsse informiert werden. Mittlerweile ist der Krisenmodus zur Routine geworden. Hin und wieder kann Huber sogar einen Tag freimachen. In den ersten vier Wochen wäre das undenkbar gewesen. „Da haben wir durchgearbeitet.“

Land und EnBW gemeinsam gegen Cyberkriminalität



Innenminister Thomas Strobl und EnBW CEO Frank Mastiaux unterzeichneten Anfang Mai einen Kooperationsvertrag zur Bekämpfung von Cyberkriminalität.

Das Land Baden-Württemberg und die EnBW gehen ab sofort gemeinsam gegen Cyberkriminalität vor. Wissenstransfer, gemeinsame Präventionsmaßnahmen und eine standardisierte Aus- und Weiterbildung stehen im Vordergrund.

„Krankenhäuser, Kraftwerke oder Wasserversorger leisten unverzichtbare

Dienste für unsere Gesellschaft. Es könnte dramatische Folgen haben, wenn solche Einrichtungen – wenn auch nur vorübergehend – für die Versorgung der Bevölkerung ausfallen würden, weil sie Opfer eines Cyberangriffs wurden. Um dies zu verhindern, werden die EnBW und das Innenministerium sich zukünftig im Kampf gegen Cyberkriminelle noch besser vernetzen“, sagte Thomas Strobl

bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags.

Für Frank Mastiaux ist die Zusammenarbeit ein logischer Schritt: „Als Betreiber systemkritischer Infrastrukturen bringt die EnBW eine tiefgehende Expertise im Sicherheitsmanagement komplexer IT-Strukturen mit. Wir sind sehr motiviert, diese Kompetenz und jahrzehntelange Erfahrung gewinnbringend einzusetzen, um den Herausforderungen der Informationssicherheit und der Cyberkriminalität effektiv zu begegnen.“

Die EnBW stellt im Rahmen ihres Full Kritis Service auch anderen Betreibern von kritischer Infrastruktur ihre Expertise zur Verfügung.



In der Ausgabe 1/2020 berichteten wir ausführlicher über die Full-Kritis-Angebote der EnBW: www.enbw.com/publikationen.

Der Netzbetreiber informiert **Netze BW** Ein Unternehmen der EnBW

Gebäudecheck – so lohnt sich die Sanierung

Lohnt der Kauf einer neuen Heizanlage? Brauchen die bestehenden Warmwasserrohre eine Dämmung? Was bringen neue Türen im Hinblick auf die Energiebilanz? Fragen wie diese beantwortet der Gebäudecheck für Kommunen der EnBW-Tochter Netze BW.

Experten durchleuchten in einem mehrstufigen Verfahren, wo sich Energie einsparen lässt und wie wirtschaftlich die dafür notwendigen Investitionen sind. Gesetzliche Bestimmungen werden ebenfalls berücksichtigt – zum Beispiel, was den Einsatz erneuerbarer Energien betrifft oder den Wärmeschutz.

Der Mehrwert des Gebäudechecks geht weit über das hinaus, was Energieausweis oder Energieaudit bislang

lieferten. Beispiel: Für einzelne Gebäudeabschnitte kann eine Software den simulierten Energiebedarf nach der Sanierung mit dem tatsächlichen Verbrauch vergleichen. In die Analyse fließen standortbezogene Wetterdaten in Echtzeit ein. Aus dem Ergebnis lassen sich individuelle Sanierungsmaßnahmen ableiten.

Ein weiterer Aspekt sind die Fördermöglichkeiten. Das Verfahren selbst kann mit bis zu 80 Prozent bezuschusst werden, die abgeleiteten Maßnahmen können sich Kommunen ebenfalls bezuschussen lassen – etwa aus Mitteln der KfW. Die Netze BW erprobt das Angebot derzeit mit zwei Pilotgemeinden. Ab Sommer soll der Gebäudecheck weiteren Kommunen offenstehen.

1951

Aus diesem Jahr stammt das letzte Wohnungseigentumsgesetz. E-Mobilität, Glasfaseranschlüsse und Digitalisierung kommen darin noch nicht vor. Mit dem im Frühjahr beschlossenen Gesetzesentwurf des Kabinetts soll es an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

Zum Beispiel bei der E-Mobilität: Wohnungseigentümer, die eine Ladestation für ihr Elektrofahrzeug installieren möchten, können dies ab Ende des Jahres einfach auf eigene Kosten umsetzen und müssen sich dafür nicht mehr mit der gesamten Eigentümergemeinschaft einigen.

Städte brauchen mehr öffentliche Ladeinfrastruktur

Ballungsräume benötigen einen schnelleren Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Das legt eine Studie der Deutschen Energie-Agentur (dena) im Auftrag der EnBW nahe. Sie untersucht die Bedeutung privater Ladepunkte, um den Bedarf von sieben bis zehn Millionen E-Fahrzeugen bis 2030 zu decken.

Der Studie zufolge besteht in Deutschland bei Häusern mit drei oder mehr Wohnungen nur ein Potenzial von 0,45 bis 1,8 Millionen privaten Ladepunkten mit Wallbox oder Steckdose. Solche Gebäude liegen vor allem in dicht besiedelten Gebieten. In Gebäuden mit ein oder zwei Wohnungen, die eher in ländlichen Regionen verbreitet sind, gibt es hingegen ein Potenzial von acht bis zwölf Millionen privaten Ladepunkten. Insgesamt könnten je nach Szenario 2030 zwischen 0,6 und 1,1 Millionen potenzielle Stellplätze zum privaten Laden fehlen. Aufgrund dieser Ergebnisse sehen die Autoren in Ballungsräumen einen

erhöhten Bedarf am Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur – daran müssten sich auch die Förderungen orientieren. Für Claus Fest, Leiter Produktentwicklung Energiewirtschaft der EnBW, sollten sie sich auch auf größere Ladeparks und den Ausbau bestehender Ladestandorte erstrecken. „Diese brauchen für eine effiziente und zukunftsfähige Dimensionierung auch eine hinreichende Netzanschlussförderung“, sagt Fest. In den bisherigen Förderprogrammen reichte die Netzanschlussförderung in der Regel nur für den Bau von ein bis zwei Schnellladepunkten.

Unternehmen fordern Unterstützung der Windkraft

Ein deutlicher Ausbau der Windkraft ist notwendig, um vereinbarte Klimaziele zu erreichen, die Energiewende zum Erfolg zu führen und die Branche vor dem Kollaps zu bewahren. Diese Position vertreten die Partner der Kampagne #windforfuture, deren Initiator die EnBW ist.



Die über 50 Unternehmen und Organisationen fordern mehr staatliches Handeln, um den Ausbau der Windenergie voranzubringen. Sie fürchten, dass Deutschland beim derzeitigen Tempo seine Rolle als Technologieführer der Windkraftbranche verliert. Vergangenes Jahr wurden bundesweit nur 325 neue Windkraftanlagen gebaut. Das ist der niedrigste Stand seit 20 Jahren. Seit 2016 sind in der Windkraftbranche etwa 40.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Als Partner der Initiative sind neben Unternehmen und Verbänden auch Städte und Gemeinden willkommen.

 www.windforfuture.eu,
www.twitter.com/windforfuture

Unterstützung im Homeoffice WTT CampusONE bietet neue E-Trainings

Für viele kommunale Verwaltungen stand ab März plötzlich dringend das Thema „Homeoffice“ an. Eine immense Herausforderung, nicht nur wegen der Einrichtung der IT und der Beschaffung der erforderlichen Hardware. Auch die Mitarbeiter standen in ihren eigenen vier Wänden vor neuen Fragen – bei der Datensicherheit, dem Versicherungsrecht oder der zweckmäßigen Einrichtung des Arbeitsplatzes. WTT CampusONE, eine Ausgründung aus dem EnBW-Innovationsbereich, fackelte nicht lange und pro-

duzierte in kürzester Zeit ein E-Training für frischgebackene Tele-Heimarbeiter. Längst bewährt sind Module, mit denen sich „Fortgeschrittene“ rasch in Skype und Online-Besprechungen oder der gemeinsamen Bearbeitung von Dokumenten mit MS Teams zurechtfinden. Auch zu Videotutorials für Office 365 lässt sich der Zugang innerhalb von 24 Stunden einrichten.

 Mehr Informationen zu allen Angeboten der EnBW für die digitale Kommune unter:
www.enbw.com/digitalekommune



„Es macht mir Spaß, mich mit neuen Technologien zu befassen“

Winterbachs Bürgermeister Sven Müller ist überzeugt, dass sich viele Probleme in Kommunen mit digitaler Technik lösen lassen. Ein Parkleitsystem entlastet bereits die Mitte des Orts. Künftig könnten mit Sensoren erfasste Daten auch vor Hochwasser schützen und Rohrbrüche lokalisieren.

Ein Interview per Video ist für Sven Müller normal. Nicht nur, wenn er im Homeoffice arbeiten muss. „Es macht mir Spaß, mich mit neuen Technologien zu befassen“, sagt der Bürgermeister von Winterbach im Remstal. Immer wieder überlegt der 44-Jährige, wie sich Datentechnik in seiner Gemeinde sinnvoll nutzen lässt, ohne dass die Kosten aus dem Ruder laufen. „Pionier zu sein, sehe ich als wichtigen Teil meiner Arbeit für Winterbach.“

Neuestes Ergebnis des Pioniergeistes ist ein funkgesteuertes Parkleitsystem, das die Gemeinde zusammen mit der EnBW eingerichtet hat. Es entlastet den Verkehr in der Ortsmitte. Dort stellen Fahrer ihre Autos gern ins Haltverbot, weil sie vergessen, dass es in der Nähe eine kostenlose Tiefgarage gibt. Jetzt zeigen zwei Leuchttafeln die Anzahl der freien Stellplätze an. Die Daten empfangen sie per Funk aus der Tiefgarage, wo Bodensensoren freie Plätze erkennen. Die Zahl der Falschparker sei bereits gesunken, sagt Müller.

Das richtige Gespür

Winterbach ist die erste Gemeinde, die das System der EnBW einsetzt. Bei der Entscheidung für den passenden Partner konnte sich Müller auf Erfahrungen stützen, die er im Beruf gesammelt hat. Der gelernte Verwaltungsbeamte war zwei Jahre lang EDV-Anwendungsberater im Landratsamt Waiblingen. Dort rüstete er zahlreiche Dienststellen mit neuen IT-Systemen aus. Im Lauf der Zeit

entwickelte er ein Gespür dafür, welche Technik funktioniert und welchem Anbieter er vertrauen kann.

Sein Gespür kam ihm auch als Hauptamtsleiter in Remshalden zugute – ein Posten nah am Bürgermeister. Dort wuchs der Wunsch, selbst Kommunalpolitik zu machen. Als der Nachbarort Winterbach 2016 einen Bürgermeister wählte, versuchte er sein Glück – und gewann. Das Interesse für Technik behielt der studierte Verwaltungswirt auch in Winterbach. Im Rathaus fand er einen Hauptamtsleiter und einen IT-Chef, die seine Begeisterung teilen. „Beide sind Anfang 30 und mit dem Internet groß geworden“, sagt Müller. Logisch, dass es in Winterbach schon vor seiner Zeit öffentliches WLAN gab.

Datenfunk für Kommunen

Die Beschäftigten der Gemeinde bilden sich in IT-Themen weiter. Vor Kurzem besuchte ein knappes Dutzend einen Workshop der EnBW-Tochter Netze BW zum Thema LoRaWAN (Long Range Wide Area Network). Der Name steht für eine energiesparende Funktechnik, die auch in Gebäuden gut funktioniert. Damit lassen sich Sensordaten über weite Strecken übertragen und auswerten. In Winterbach sieht Müller viele Möglichkeiten für LoRaWAN. Sensoren könnten die Pegel der Rems messen und in Echtzeit vor Hochwasser warnen. Bei Schneeschmelze und Regen tritt das Flüsschen gern über die Ufer. Im Trinkwassernetz ließen sich Rohrbrüche orten.

Mithilfe von Sensordaten könnten Mitarbeiter des Bauhofs auch den Füllstand von Müllbehältern aus der Ferne messen.

Die Gemeinde mit ihren 7.700 Einwohnern steht Neuem positiv gegenüber. Den Grund für die offene Haltung sieht Müller in der gelebten Vielfalt des Orts. Dazu tragen eine Waldorfschule, ein reiches religiöses Leben, aber auch ein Förderverein für erneuerbare Energien bei. Schon vor 25 Jahren schlossen sich Bürger zusammen, um Solarstrom zu erzeugen. Als die EnBW Ende 2017 drei Windkraftanlagen nahe dem Ort in Betrieb nahm, gab es in Winterbach viel Beifall und kaum Protest – natürlich unterstützte auch der Bürgermeister das Projekt.

Weniger Autos in der Ortsmitte: Bürgermeister Sven Müller ist zufrieden mit dem digitalen Leitsystem, das Autofahrer in die nahegelegene Tiefgarage lotst.



„EnBW vernetzt“ vor dem Endspurt in der ersten Runde

Bereits 100 Städte und Gemeinden wollen dabei sein

Das Angebot, sich an der Netze BW zu beteiligen, stößt in den Städten und Gemeinden auf großes Interesse. Gut 100 Gemeinderäte haben sich bereits dafür entschieden und wollen insgesamt über 150 Millionen Euro investieren. Bis Ende Juni besteht für die Rathäuser noch die Möglichkeit, über die Online-Plattform die entsprechenden Verträge auf den Weg zu bringen.



„Eine Rendite von 3,6 % ist in der aktuellen Zeit erfreulich“

Rainer Magenreuter, Bürgermeister aus Isny im Allgäu

Von 200.000 bis gut elf Millionen Euro reicht die Spannweite der Beträge, die je nach Größe der Kommune im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Beteiligung freigegeben wurden. „Eine Rendite von 3,6 Prozent ist in der aktuellen Zeit erfreulich“, freut sich Bürgermeister Rainer Magenreuter aus Isny im Allgäu. Sie ist im Rahmen von „EnBW vernetzt“ zunächst für einen Zeitraum von fünf Jahren fixiert. „Mindestens genauso wichtig bei der Entscheidung war aber für mich, mit am Tisch zu sitzen, wenn es um einen der wichtigsten Bereiche der Daseinsvorsorge geht.“ Er wolle der Netze BW allerdings keineswegs operativ „bei Entscheidungen über Erdkabeltypen oder die Software für Leitstellen hineinreden“. Für die kommunale Ebene seien jedoch Zukunftsthemen wie die Digitalisierung, das intelligente Messwesen oder das „Internet der Dinge“ von großer Bedeutung. „Das starke Interesse vieler Kolleginnen und Kollegen hat mich deshalb keineswegs überrascht.“

Durchaus überrascht, wenn auch sehr positiv, zeigt man sich bei der Netze BW. Von rund 570 infrage kommenden Kommunen

hätten sich laut Geschäftsführer Christoph Müller bereits weit über die Hälfte mit dem Thema befasst. Rund 100 Mal sei die Entscheidung auch gegen eine Beteiligung gefallen – „nach meinem Überblick fast ausschließlich aus finanziellen Gründen“. Verständlicherweise kämen aktuell Signale aus einigen Rathäusern, dass die Haushaltsbeschlüsse als Folge der Coronakrise noch einmal aufzuschnüren seien. Von weiteren rund 100 Gemeinderäten wisse man, dass sie sich mit „EnBW vernetzt“ befassen wollten. „Sollte das auch wegen der Pandemie nicht mehr zeitnah klappen, bleibt ja noch die zweite Chance im kommenden Jahr.“

Knapp 50 der teilnehmenden Rathäuser haben die Verträge nach den Beschlüssen in den Gemeinderäten schon heruntergeladen und teilweise bereits unterschrieben eingesandt. Die Anfang April dafür speziell eingerichtete Online-Plattform bleibt noch bis Ende Juni freigeschaltet. Ab dem 1. Juli sind die Kommunen dann Kommanditisten der Beteiligungsgesellschaft, die entsprechend Anteile an der Netze BW erwerben.

Tiefe Einblicke in die Kommune

Geodaten bilden die Grundlage für zahlreiche Entscheidungen in Städten und Gemeinden. In webbasierten Portalen lassen sich die digitalen Informationen umfassender als bisher nutzen.

Wo liegen Wasserleitungen? Welche Vorgaben macht der Bebauungsplan? Wird die Baumkontrollrichtlinie eingehalten? Bei zahllosen Vorgängen greifen Kommunen auf Geodaten zurück. Diese Informationen sind in verschiedenen Verzeichnissen und Systemen abgelegt – oft nach Standards, die nicht zueinanderpassen. Folge: Es dauert nicht nur lang, bis die gesuchten Informationen zur Hand sind, manchmal ist ein Abgleich mit anderen Daten sogar unmöglich. Eine Lösung bieten Portale, die sämtliche Geodaten in einheitlicher Form online abrufbar machen und Zusammenhänge aufzeigen.

Die EnBW-Tochter Netze BW Sparte Dienstleistungen bietet Städten und Gemeinden dafür ein webbasiertes Geoinformationssystem (WebGIS) an. „Die Lösung eignet sich vor allem für Kommunen, die nicht über die Erfahrung oder die finanziellen Mittel verfügen, um neue Informationstechnologie mit eigenen Kräften einzurichten“, sagt Stefan Kurock, Innovationsmanager bei der Netze BW Sparte Dienstleistungen.



Die Dokumentation von Daten bringt rechtliche Sicherheit für Kommunen – zum Beispiel bei der Wartung von Spielplätzen. In webbasierten Geoportalen sind die Informationen stets abrufbereit.

Vom Spielplatz bis hin zum Baumschutz

Städte und Gemeinden sind zunehmend darauf angewiesen, schnell auf Geodaten zuzugreifen. Ein Grund sind strengere Umweltvorschriften wie etwa die Baumschutzverordnung. Auch Verkehrssicherungspflichten spielen eine wichtige Rolle. Die Wartung von Spielplätzen ist zum Beispiel rechtssicher zu dokumentieren. Um derartige Aufgaben zu erfüllen, müssen Kommunen eine wachsende Zahl von Daten erheben und einsehbar machen. „WebGIS vereinfacht diese Arbeit“, sagt Kurock.

Es gibt noch mehr Vorteile: Verkehrsbetriebe, Abwasserunternehmen oder Netzbetreiber können Bauarbeiten mit einer neu entwickelten Anwendung von WebGIS besser abstimmen. Ein Blick ins zentrale Verzeichnis wird künftig genügen, um herauszufinden, welche Maßnahmen wo anstehen. Dieselbe Straße muss nicht wiederholt aufgerissen werden.

Von Geoportalen profitieren nicht nur Träger öffentlicher Belange, sondern auch die Einwohner von Kommunen. Mit einem BürgerGIS lässt sich jede dort erfasste Information nutzerfreundlich darstellen – vom Altpapierbehälter über die Parkbank bis hin zur Hundetoilette.

Der Trend zu Geoportalen erhält Rückenwind durch die EU-Richtlinie Infrastructure for Spatial Information in Europe (INSPIRE). Sie schreibt einheitliche Standards vor, um den grenzüberschreitenden Austausch von Geodaten zu erleichtern. In Baden-Württemberg sind die durch INSPIRE vorgegebenen Regeln im Landesgeodaten-gesetz festgeschrieben – das auch Fristen setzt: Digital vorhandene Bebauungspläne müssen zum Beispiel bis 21. Oktober 2020 in einen vorgeschriebenen Standard umgewandelt und im Internet veröffentlicht werden.



www.netze-bw.com/dienstleistungskunden/gis

Impressum

Herausgeber: EnBW Energie Baden-Württemberg AG
 Anschrift: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe
 E-Mail: medien-events@enbw.com
 Projektleitung: Eva Wulff, Uwe Fritz (v. i. S. d. P.)
 Redaktion: Heimo Fischer, Uli Stark, Eva Wulff
 Layout: Miriam Elze
 Druck: Systemedia
 Fotos: EnBW, Netze BW, Stadt Isny/Rau

Wenn Sie die KommPlus künftig nicht mehr per Post, sondern per E-Mail erhalten möchten, schreiben Sie uns bitte an medien-events@enbw.com.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Gütesiegel „Der Blaue Engel“

